



JURISTISCHE FAKULTÄT



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

Zusammenfassung der Dissertation mit dem Titel

„Zum Verhältnis von Tat- und Täterbegriff im Strafrecht“

Dissertation vorgelegt von Tillmann Böß

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Hillenkamp

Zweitgutachter: Prof. Dr. Volker Haas

Institut für deutsches, europäisches und internationales Strafrecht und Strafprozessrecht

Zum Verhältnis von Tat- und Täterbegriff im Strafrecht

- Zusammenfassung -

Gegenstand der Untersuchung ist – wie es der Titel bereits andeutet – welche Wechselbeziehungen zwischen Tatbestands- und Täterschaftsverständnis bestehen.

Der erste Teil der Arbeit ist dementsprechend darauf gerichtet zu eruieren, inwieweit die gängigen Täterkonzepte zwischen der Frage der Tatbestandsverwirklichung und der Frage der Täterschaft unterscheiden, wie weit also die Tatbestandsbezogenheit der Täterkonzepte tatsächlich reicht, und ob eine Unterscheidung dieser beiden Fragen überhaupt systemgerecht möglich ist.

Dabei wird zu Beginn der Untersuchung – um die Korrelation zwischen Tatbestandsverwirklichung und Täterschaft missverständnisfrei abbilden zu können – die Frage der Tatbestandsverwirklichung dem Terminus Tatbegriff und die Frage der Täterschaft dem Terminus Täterbegriff zugewiesen.

Die anschließende Untersuchung der gängigen Täterkonzepte – der subjektiven und der formal-objektiven Theorie sowie der Tatherrschaftslehre – führt zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen:

Die subjektive Theorie in ihrer klassischen Ausprägung geht von einem (sehr) extensiven Tatbegriff aus, weil bereits jede Verursachung des tatbestandlichen Erfolges im Sinne der Äquivalenztheorie als objektiv tatbestandsverwirklichendes Verhalten angesehen wird. Gleichzeitig geht sie von einem „überrestriktiven“ Täterbegriff aus, weil die Tatbestandsverwirklichung nicht zur Begründung der Täterschaft ausreicht, sondern der sogenannte *animus auctoris* – der Täterwille – hinzukommen muss. Die subjektive Theorie betrachtet die Tatbestandsverwirklichung daher zwar als notwendige, nicht aber als hinreichende Bedingung der Täterschaft.

Die formal-objektive Theorie (im Sinne *Belings*) geht dagegen von einem (sehr) restriktiven Tatbegriff aus, da sie nur solches Verhalten als tatbestandsverwirklichend anerkennt, das sich „ohne weiteres“ nach dem natürlichen Sprachgebrauch unter den Tatbestand subsumieren lässt. Sie lässt für die Begründung von Täterschaft – namentlich Mittäterschaft – aber auch Tatbestandsteilverwirklichung genügen, weshalb der Täterbegriff ein extensiver, das heißt über die Frage der

Tatbestandsverwirklichung hinausgreifender ist. Die formal-objektive Theorie betrachtet die Tatbestandsverwirklichung als hinreichende, nicht aber als notwendige Bedingung der Täterschaft.

Die heute hauptsächlich vertretene Tatherrschaftslehre geht schließlich von einem „gemäßigt-extensiven“ Tatbegriff aus, der insbesondere von den Gedanken der Kausalität und objektiven Zurechnung getragen wird.

Hinsichtlich des Täterbegriffs gibt sie kein einheitliches Bild ab:

Die Mehrheit ihrer Vertreter nimmt einen extensiven Täterbegriff an. Extensiv ist der Täterbegriff, weil nicht nur derjenige, der den Straftatbestand verwirklicht, Täter ist, sondern der Bereich der Täterschaft mittels der vielfach vertretenen Verhaltenszurechnungsdogmatik weiter gefasst wird als der der Tatbestandsverwirklichung. Dieser Ausprägung der Tatherrschaftslehre nach ist die Tatbestandsverwirklichung zwar hinreichende, nicht aber notwendige Bedingung der Täterschaft.

Insbesondere *Roxin*, der als Begründer der modernen Tatherrschaftslehre wird gelten dürfen, proklamiert dagegen einen „gemäßigt-extensiven“ Tatbegriff und einen restriktiven Täterbegriff. Restriktiv ist der Täterbegriff, weil nur derjenige, der den Straftatbestand (bei „materieller“ Auslegung) verwirklicht, Täter ist, und derjenige, der den Straftatbestand verwirklicht, auch immer Täter ist. Die Tatbestandsverwirklichung ist danach hinreichende und notwendige Bedingung der Täterschaft.

Bis auf eine relativ kleine – wenn auch wortgewaltig vertretene – Strömung innerhalb der Tatherrschaftslehre besteht bei den gängigen Täterkonzepten also keine Kongruenz zwischen Tat- und Täterbegriff.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse wird der Frage nachgegangen, ob eine fehlende Kongruenz zwischen Tat- und Täterbegriff überhaupt systemgerecht sein kann oder ob sich die Frage der Täterschaft nicht in der Frage der Tatbestandsverwirklichung erschöpfen muss. Letzteres ist nach Ansicht des Verfassers im Ergebnis der Fall, um die Antwort vorwegzunehmen.

Zum einen ist – wie die heute herrschende Meinung zurecht annimmt – die Tatbestandsverwirklichung hinreichende Bedingung der Täterschaft: Derjenige, der einen Straftatbestand verwirklicht, ist (immer auch) Täter. Diese Annahme fußt auf einer Auseinandersetzung mit der Regelung des § 25 Abs. 1 Satz 1 StGB und seiner

Entstehungsgeschichte, mit der Gestaltung der Teilnahmevorschriften sowie der Tatbestände des Besonderen Teils.

Zum anderen ist das Verständnis der §§ 25 Abs. 1 Satz 2 und 25 Abs. 2 StGB als Verhaltenszurechnungsnormen einer genauen Betrachtung zu unterziehen. Denn dieses Verständnis ist es, welches zu einer Lösung der Täterschaftsfrage von der Frage der Tatbestandsverwirklichung führt, indem es auch den mittelbaren Täter und den Mittäter zum Täter erklärt, ohne ein subsumierbares also tatbestandsverwirklichendes Verhalten von ihm zu verlangen. Insoweit ist wesentliches Ergebnis der Untersuchung, dass eine Verhaltenszurechnung insofern nicht überzeugt, als sie sich nicht friktionslos in die gesetzlich vorgezeichnete Deliktsstruktur, die insbesondere einen Gleichlauf von Unrechtsbegründung und Schuldvorwurf verlangt, einfügen lässt.

Kernthese der Arbeit ist damit, dass sich die Frage nach der Täterschaft in der nach der Straftatbestandsverwirklichung erschöpfen muss, dass also ein streng tatbestandsbezogener Täterbegriff zu fordern ist, da jedes Lösen der Frage nach der Täterschaft von der nach der Tatbestandsverwirklichung zu dogmatischen Unsicherheiten bzw. sogar Strukturbrüchen führt, die es zu vermeiden gilt.

Dieses Resultat verlangt nach einem Bemühen um ein streng tatbestandsbezogenes Täterkonzept.

Ein solches kann mit einem wie auch immer gearteten Täterkriterium – wie zum Beispiel die Tatherrschaft – nicht arbeiten, weil ein Täterkriterium immer außerhalb der Deliktsstruktur steht. Damit sind die Kriterien, die heute zur Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme herangezogen werden, wie insbesondere die Tatherrschaft oder der Täterwille, keineswegs per se abgelehnt. Sie sind aber richtigerweise als *Auslegungskriterien* im Tatbestand zu verorten und nicht als *Täterkriterien* zu begreifen. Am Beispiel des Tatherrschaftskriteriums: Es ist nicht Täter, wer Tatherrschaft innehat, sondern wer Tatherrschaft innehat, verwirklicht unter Umständen (!) den Tatbestand und ist (allein) deshalb Täter. Damit kann der Tatherrschaftsgedanke als Kriterium der Tatbestandsverwirklichung zwar immer dann über die Täterschaft mitentscheiden, wenn er mit Blick auf den jeweiligen Straftatbestand als Auslegungskriterium überzeugt. Er kann die Begründung der Täterschaft durch die Subsumtion unter den Tatbestand aber nicht ersetzen und könnte auch eine Überschreitung der Wortlautgrenze nicht rechtfertigen. Ein streng

tatbestandsbezogener Täterbegriff zwingt damit zu einer dezidierten Auseinandersetzung mit den gesetzlichen Voraussetzungen der Strafbarkeit und versperrt den Weg einer Loslösung von diesen mittels einer „verselbstständigten Abgrenzungsdogmatik“ zum Komplex Täterschaft und Teilnahme.

Von besonderem Interesse ist im Weiteren die Frage, wie die Haftung des mittelbaren Täters und des Mittäters auf der Grundlage eines streng tatbestandsbezogenen Täterkonzeptes zu begründen ist.

Im Grundsatz ergibt sich, dass eine Haftungs begründung nur in Betracht kommt, wenn dem mittelbaren Täter und dem Mittäter selbst tatbestandsmäßiges Verhalten zu attestieren ist.

Die Klärung dieser Frage verlangt zunächst eine Auseinandersetzung mit dem zugrunde zulegenden Tatbegriff und daraufhin mit der Frage, ob eine Subsumption des mittelbaren Täters und des Mittäters unter die Tatbestände des Besonderen Teils möglich ist.

Ergebnis ist insoweit zunächst, dass weder der extensive Tatbegriff der (klassischen) subjektiven Theorie, der durch die Orientierung allein am Kausalitätsgedanken letztlich zu einem Auflösen der tatbestandlichen Konturen führt, noch der restriktive Tatbegriff der formal-objektiven Theorie, der den Rechtsanwender in seinem Bewegungsspielraum durch die Orientierung nur am natürlichen Sprachgebrauch zu sehr einschränkt und dem Telos Rechtsgüterschutz nicht den notwendigen Raum gibt, überzeugen können. Am besten vermag der heute herrschende durch die Kriterien der Kausalität und objektiven Zurechnung gekennzeichnete gemäßigt-extensive Tatbegriff den Funktionen des Straftatbestandes gerecht zu werden.

Legt man diesen zugrunde, so kann das Verhalten des mittelbaren Täters – verstanden als derjenige, der phänotypisch nicht alleine, sondern durch einen instrumentalisierten Dritten das deliktische Geschehen (mit-)bewirkt – und des Mittäters – verstanden als derjenige, der phänotypisch nicht alleine, sondern arbeitsteilig mit anderen das deliktische Geschehen (mit-)bewirkt – in den praktisch bedeutsamen Fällen der einfachen Erfolgsdelikte regelmäßig subsumiert und damit als eigene Tatbestandsverwirklichung des mittelbaren Täters bzw. des Mittäters aufgefasst werden.

Denn sowohl der mittelbare Täter als auch der Mittäter sind – für den Mittäter gilt dies zumindest in der Regel – kausal für den tatbestandlichen Erfolg und ihnen lässt sich der Erfolgseintritt auch gerade wegen ihres instrumentalisierenden bzw. funktional-arbeitsteiligen Vorgehens auch objektiv zurechnen.

Allerdings ist für die wenigen Fälle, in denen eine Subsumtion auch unter den Tatbestand der einfachen Erfolgsdelikte nicht möglich ist, und bezüglich der großen Zahl an verhaltensgebundenen Delikten, bei denen eine Subsumtion aufgrund des zu geringen Auslegungsspielraumes der Norm ausscheidet, eine andere Lösung zu suchen. Die mit einem konsequent tatbestandsbezogenen Täterkonzept zu vereinbarende Lösung liegt in einem Verständnis der §§ 25 Abs. 1 2. Var. und 25 Abs. 2 StGB als „Tatbestandsmodifikationsnormen“: Die §§ 25 Abs. 1 2. Var. und 25 Abs. 2 StGB sind als Normen zu begreifen, die zwar „vor die Klammer gezogene“, aber integrale Merkmale der Tatbestände des Besonderen Teils enthalten; sie generieren – anders als die akzessorischen Teilnahmetatbestände – „echte“ Varianten der Tatbestände des Besonderen Teils.

Der fehlenden Weite des im Besonderen Teil niedergelegten Handlungsmerkmals wird also durch dessen Ergänzung begegnet. Weil hierdurch weitere – wenn auch in engem inhaltlichem Zusammenhang stehende – Handlungsmerkmale geschaffen werden, erweitert sich der tatbestandlich erfasste Bereich.

So ist beispielsweise § 242 Abs. 1 StGB unter Berücksichtigung von § 25 StGB folgendermaßen zu lesen: „Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht selbst wegnimmt oder durch einen anderen wegnimmt oder mit anderen gemeinschaftlich wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

§ 212 Abs. 1 StGB ist unter Berücksichtigung von § 25 StGB zu lesen: „Wer einen Menschen selbst tötet oder durch einen anderen tötet oder mit anderen gemeinschaftlich tötet, ohne Mörder zu sein, wird als Totschläger mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft.“

Für die Frage der Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme hat ein streng tatbestandsbezogenes Täterkonzept zunächst weniger Konsequenzen, als es den Anschein haben mag. Aus ihm folgt zwar ein „Primat der Täterschaft“. Denn Täterschaft und Teilnahme stehen nicht gleichberechtigt nebeneinander: Die Täterschaft ist bei diesem Verständnis die sich aus der Verwirklichung eines – unter

Umständen durch § 25 Abs. 1 2. Var. StGB oder 25 Abs. 2 StGB modifizierten – Straftatbestandes ergebende Primärhaftung, während sich die Teilnahme als nachrangige Sekundärhaftung darstellt, die nur für den Fall in Frage kommt, dass der Betreffende den jeweils in Rede stehenden Tatbestand nicht verwirklicht und damit selbstverständlich Täter ist.

Ungeachtet dieser dogmatischen Grundsatzermägung sieht sich der (Straf-) Rechtsanwender natürlidh regelmäßig mit Sachverhalten konfrontiert, die durch die Mitwirkung mehrerer Beteiligten gekennzeichnet sind und bei denen sich die Frage stellt, ob der jeweilige Beteiligte als Täter oder als Teilnehmer einzuordnen und zu bestrafen ist. Möchte man in diesen Fällen trotz der strukturellen Nachrangigkeit der Teilnahme und ihrer aus den §§ 26, 27 StGB folgenden spezifischen Voraussetzungen mit Blick auf die Frage, ob der jeweils Beteiligte als Täter oder als Teilnehmer einzuordnen ist, von Abgrenzung sprechen, so ist dogmatisch das alleinentscheidende Abgrenzungskriterium das der Tatbestandsverwirklichung: Wer den Straftatbestand verwirklicht, ist Täter, wer nicht, ist gegebenenfalls – das heißt unter den Voraussetzungen der §§ 26, 27 StGB – Teilnehmer. Bei einem streng tatbestandsbezogenen Verständnis der Täterschaft folgt aus dem Umstand, dass weitere Beteiligte „auf den Plan treten“ und deshalb auch eine Teilnahme zumindest nicht von vorneherein ausgeschlossen erscheint – beim Alleintäter scheidet Teilnahme mangels fremder Haupttat immer aus – keine grundsätzliche dogmatische Neubewertung der Täterschaftsfrage. Sie definiert sich auch im Falle mehrerer am Geschehen Mitwirkender für den Einzelnen – wie beim Alleintäter – über die Tatbestandsverwirklichung. Dabei steht nicht in Frage, dass in Fällen, in denen mehrere Personen an einem strafrechtsrelevanten Geschehen beteiligt sind, das Verhalten des Einzelnen auf den ersten (und gegebenenfalls auch noch auf den zweiten) Blick sowohl eine Einordnung als Täter als auch als Teilnehmer möglich erscheinen lässt. Das Problem ist strukturell aber ein Subsumtionsproblem und seine Lösung deshalb über die Auslegung des – gegebenenfalls durch § 25 Abs. 1 2. Var. StGB oder 25 Abs. 2 StGB ergänzten – Straftatbestandes zu suchen. Ebendies ist auf der Grundlage einer modernen Tatbestandslehre, die eine normative Betrachtung der Tatbestandsmerkmale unter Berücksichtigung aller Auslegungsmethoden zulässt, ohne entweder einseitig an einem naturalistischen Kausalitätsdogma oder allein am Lebenssprachgebrauch orientiert zu sein, auch möglich.

Die Praxisrelevanz eines streng tatbestandsbezogenen Täterkonzeptes – es geht nicht lediglich um ein „dogmatisches Umräumen von Möbeln“ – soll an dieser Stelle lediglich exemplarisch an dem bekannten Problem des unmittelbaren Ansetzens des Mittäters zum Versuch demonstriert werden:

Mit Blick auf die Frage des Versuchseintritts des Mittäters werden – äquivalent zur Frage des Versuchseintritts des mittelbaren Täters – eine sogenannte Einzellösung und eine sogenannte Gesamtlösung vertreten. Nach ersterer soll die Frage des Versuchseintritts bei der Mittäterschaft für jeden Mittäter gesondert danach zu beurteilen sein, ob der Mittäter bereits zu seinem Tatbeitrag unmittelbar angesetzt hat. Nach letzterer sollen alle Mittäter gemeinsam die Grenze zur Versuchsstrafbarkeit überschreiten, wenn einer von ihnen zur Verwirklichung der Gesamttat unmittelbar ansetzt. Dabei ist – anders als bei der Frage des Versuchseintritts des mittelbaren Täters – die Gesamtlösung die deutlich überwiegend vertretene Meinung. Eine „Allgemeine Theorie“ spielt im Diskurs um den an das unmittelbare Ansetzen des Mittäters anzulegenden Auslegungsmaßstab dagegen kaum eine Rolle.

Dabei ist auf der Grundlage eines streng tatbestandsbezogenen Täterkonzeptes auch mit Blick auf die Frage des Versuchseintritts des Mittäters eine „Allgemeine Theorie“ zu postulieren. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass es, da die Strafbarkeit unter Ablehnung des Verhaltenszurechnungsgedankens alleine auf die eigene Straftatbestandsverwirklichung des Mittäters gestützt wird, auch für die Versuchsstrafbarkeit des Mittäters – wie für jeden Täter – nur auf *sein* unmittelbares Ansetzen zu *seiner* Tatbestandsverwirklichung ankommen kann. Das ist die notwendige Konsequenz aus einer individualisierten Betrachtung der Frage der Tatbestandsverwirklichung. Eine individualisierte Betrachtung der Frage der Tatbestandsverwirklichung steht im Widerspruch zur Annahme einer materiell-rechtlichen Gesamttat im Sinne einer konstruierten Gesamttatbestandsverwirklichung: Nach hiesigem Konzept wird für jeden Mitwirkenden die Frage der schuldhaften Verwirklichung von Unrecht (auf der Grundlage des Gesamtgeschehens, das – untechnisch – auch Gesamttat genannt werden mag) selbst beantwortet. Eine Gesamttatbestandsverwirklichung, zu der unmittelbar angesetzt werden könnte, gibt es dementsprechend schlechterdings nicht. Folglich ergeben sich in den dogmatischen Grundlagen auch keine Unterschiede zwischen dem Alleintäter und dem Mittäter: Dieser wie jener muss (selbst) nach seiner Vorstellung von der Tat *zu*

seiner Tatbestandsverwirklichung unmittelbar ansetzen. Ein Unterschied ergibt sich lediglich mit Blick auf den zu verwirklichenden Tatbestand: Die Verwirklichung des modifizierten Tatbestandes verlangt ein Handeln mit anderen „gemeinschaftlich“. Der Mittäter muss also beispielsweise nicht unmittelbar „zur Wegnahme“ ansetzen, sondern zur „gemeinschaftlichen Wegnahme“. Dies zugrunde gelegt gilt aber der – freilich seinerseits umstrittene – allgemeine, also gerade vom einzelnen Straftatbestand gelöste Auslegungsmaßstab für das unmittelbare Ansetzen im Sinne des § 22 StGB.

Dem entspricht im Ausgangspunkt die Einzellösung, die richtig erkennt, dass die Strafbarkeit (auch) des Mittäters nur an sein Verhalten anknüpfen kann. Die Gesamtlösung mag zwar praktische Vorzüge besitzen, die als solche auch nicht in Abrede gestellt werden sollen. Sie vereinfacht die Beantwortung der Frage des unmittelbaren Ansetzens in den Fällen der Mittäterschaft insgesamt und vermeidet, dass der seinen Beitrag plangemäß erst spät(er) Leistende „zufallsbedingt privilegiert“ wird. Allerdings genügt sie auf der Grundlage des Verhaltenszurechnungsgedankens den Anforderungen an eine dogmatisch widerspruchsfreie Begründung strafrechtlicher Verantwortung nicht. Gleichermaßen wie beim vollendeten Delikt tatbestandsverwirklichendes Verhalten nicht zugerechnet werden kann, ist dies auch beim versuchten Delikt nicht möglich, sondern jeder Mittäter muss zur Haftungs begründung ein Verhalten an den Tag legen, das für ihn (!) ein unmittelbares Ansetzen zur Verwirklichung des Tatbestandes darstellt. Daraus folgt, dass ein Mittäter jedenfalls nicht in den Versuch eintritt, bevor er nicht unmittelbar zu seinem Tatbeitrag angesetzt hat.

Der Fehler der Einzellösung begründet sich – wie bei der mittelbaren Täterschaft – aber darin, den Blick allein auf die Tathandlung (des jeweiligen Mittäters) zu verengen. Denn auch der Mittäter muss – wie jeder Täter – ausweislich § 22 StGB nicht unmittelbar zur Tathandlung, sondern unmittelbar zur Tatbestandsverwirklichung ansetzen. Dabei stellt das Ansetzen zur (eigenen) Tathandlung nur dann auch ein Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung – also zum Beispiel zur gemeinschaftlichen Wegnahme – dar, wenn auf der Grundlage der Mittäturvorstellung ein entsprechender Unmittelbarkeitszusammenhang zwischen seiner Tathandlung und der Tatbestands(-voll-)verwirklichung besteht, wenn also bei wertender Betrachtung keine wesentlichen Zwischenschritte mehr zwischen der Tathandlung des Mittäters und der vollständigen

Verwirklichung des Tatbestandes liegen bzw. – stellt man auf den Gefährdungsgedanken ab – das tatbestandlich geschützte Rechtsgut bei Vornahme der (eigenen) Tathandlung bereits konkret gefährdet (oder sogar schon verletzt) ist. Daraus folgt, dass die Versuchshaftung des einzelnen Mittäters voraussetzt, dass er sowohl zu seinem Tatbeitrag angesetzt hat als auch sich das Gesamtgeschehen bereits (nach seiner Vorstellung vom Geschehensablauf) in einem mindestens „tatbestandsvollverwirklichungsnahen Stadium“ befindet.

Beschließen also beispielsweise A, B, C und D, einen Einbruchsdiebstahl gemeinsam in der Weise zu begehen, dass A das ganze Vorhaben im Vorfeld plant und organisiert und B, C und D die Ausführung vor Ort übernehmen, wobei sich D am verabredeten Abend erheblich verspätet und erst zu helfen beginnt, die auserkorene Lagerhalle auszuräumen, als B und C damit schon längst beschäftigt sind, so tritt A (erst) zusammen mit B und C in den Versuch ein, wenn sich diese vor Ort anschicken, die Lagerhalle auszuräumen, obwohl er seine Beiträge längst erbracht hat. Zwar hat A seinen „rechtsfeindlichen Willen“ bereits betätigt, es fehlt aber noch an dem von § 22 StGB geforderten Unmittelbarkeitszusammenhang zur – hier die Gewahrsamsverschiebung voraussetzenden – Verwirklichung des Tatbestandes. D tritt dagegen – anders als A, B und C – erst in den Versuch ein, wenn er sich anschickt, beim Ausräumen der Lagerhalle zu helfen, weil er erst dann seinen rechtsfeindlichen Willen in die Tat umsetzt (genauer: in eine Handlung umsetzt). Ein Unmittelbarkeitszusammenhang besteht (auf der Grundlage der Vorstellung des D vom Geschehensablauf) zwischen seinem Handeln und der Verwirklichung des Tatbestandes – der gemeinschaftlichen Wegnahme – dann ohne weiteres. Es mag in dem Fall, dass die Polizei eintrifft, wenn B und C gerade – noch bevor D am Tatort aufgetaucht ist – damit beschäftigt sind, das Tor zur Lagerhalle aufzubrechen, auf den ersten Blick ungerecht – weil nur vom Zufall abhängig – erscheinen, dass A, B und C die Strafe aus §§ 242 Abs. 1, 22 StGB (in Verbindung mit § 243 Abs. 1 Satz 1 und 2 Nr. 1 StGB) trifft, D dagegen nicht. Das ist aber die notwendige Konsequenz eines Tat- und Schuldstrafrechts, das nur eine gesetzlich bestimmte Haftung für dasjenige zulässt, was man selbst getan hat und nicht für das, was man vorhatte zu tun oder was andere getan haben. Eine Haftung nach dem Prinzip „mitgefangen, mitgehangen“ ist damit nicht vereinbar.